

## **Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP): Wochenberichte Kantonspolizei zu den Ereignissen Reitschule vom 15.6.2015 bis 16.1.2017**

Der Interpellant hat aufgrund eines Akteneinsichtsgesuches die erwähnten Polizeiberichte eingefordert. Im Anschluss wurden die Berichte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Kantonspolizei schlägt in ihren Berichten verzweifelte Töne an. Es sei „keine Verbesserung der Situation“ bei der Reitschule absehbar, schreiben die Beamten im Mai 2016. Jederzeit müsse mit Angriffen oder Störungen gerechnet werden. Die Polizeiberichte dokumentieren über 200 Vorfälle rund um Reitschule. Dokumentiert sind die Fälle in den „Wochenberichten zu den Ereignissen Reitschule-Vorplatz-Schützenmatte“, welche die Polizei seit Mitte 2015 zu Händen der Stadt verfasst.

Bezugnehmend auf diese Dokumente stellen sich folgende Fragen:

1. Seite 13 letzter Absatz im Zeitraum vom 17.5.2016-23.5.2016 stellt die Kantonspolizei konkrete Fragen. Insbesondere – Zitat: „Da für mich keine Verbesserung der Situation absehbar ist und aufgrund der wärmeren Jahreszeit sich die Situation tendenziell eher noch verschlechtern dürfte, ist dringender Handlungsbedarf gegeben.“
  - a) Wer ist der Absender dieser Fragen und Feststellungen seitens der Kantonspolizei?
  - b) Wie resp. in welcher Form hat der Gemeinderat die Fragen beantwortet und wann?
  - c) Welches waren die Antworten des Gemeinderates im Wortlaut? Insbesondere auf die Frage was bezüglich Rahmenbedingungen unternommen wird, damit die Polizei ihrem Auftrag nachkommen kann?
2. Auf Seite 14 wird, wie aus den Dokumenten ersichtlich, zu einer Sitzung eingeladen um viele ungeklärte Fragen zu besprechen. Die Polizei bittet „dringendst“ um ein Gespräch, um zu klären, wie sie auf der Schützenmatte noch Einsätze leisten könne. Ob ein solches Treffen stattgefunden hat, ist nicht bekannt.
  - a) Hat ein solches Treffen stattgefunden? Falls ja wann, wo, und wer waren die Teilnehmer?
  - b) Was waren die Inhalte der erwähnten ungeklärten Fragen?
  - c) Gibt es zu diesem Treffen Beschlüsse und Protokolle?
  - d) Was waren die Ergebnisse falls ein solches Treffen stattgefunden hat?
3. Auf Seite 18 im Zeitraum vom 17.1.2016-31.1.2016 verlangt die Kantonspolizei ebenfalls eine Besprechung. Zitat: „Diese Situation ist für die Kantonspolizei Bern so nicht haltbar. Aus diesem Grund erachte ich eine Besprechung mit der für das Reitschuldossier verantwortlichen Person der Stadt Bern und dem Regierungsstatthalter als Bewilligungsbehörde als dringend notwendig.“
  - a) Hat diese Besprechung stattgefunden? Wer hat daran teilgenommen? Wann hat sie stattgefunden? Wurde diese protokolliert und was war das Ergebnis dieser Besprechung?
4. Auf Seite 28 im Zeitraum vom 15.6.2015-21.6.2015 bezeichnet die Kantonspolizei das Verhalten der Reitschule als nicht akzeptabel. Es folgen diverse Ausführungen und Feststellungen. Die Kantonspolizei schreibt, Zitat: „Ich bitte die Stadt Bern, auf die Reitschule entsprechend Einfluss zu nehmen.“ Offensichtlich ist die Kantonspolizei der Auffassung dass eine Einflussnahme Seitens des Gemeinderates möglich und durchsetzbar wäre.
  - a) Wie hat der Gemeinderat in dem besagten Zeitraum auf die Bitte der Einflussnahme reagiert?
  - b) Welche belegbaren konkreten Massnahmen wurden in dem besagten Zeitraum getroffen?
5. S.28 letzter Absatz Zitat: Diese regelmässigen Mails sollen sicherstellen, dass Sie über die Situation bezüglich der Reitschule informiert sind. Der Gemeinderat hat mit Schreiben vom 29. März 2017 das Öffentlichkeitsprinzip für die Wochenberichte bestätigt und gutgeheissen. Bei

den dem Antragsteller zugestellten Dokumenten handelt es sich offensichtlich um eine Transkription, also im engeren Sinne um eine Umschrift.

- a) Weichen die, dem Akteneinsichtsgewährten und vom Gemeinderat zugestellten Dokumente, von den Originaldokumenten ab? (Anzahl abweichende Dokumente mit Datumsangabe)
- b) Kann der Gemeinderat eine Vollständigkeitserklärung für den transkribierten Mailverkehr (Gutheissung Akteneinsichtsgesuch) zwischen der Kantonspolizei und dem Gemeinderat abgeben?
- c) Wer hat die Wochenberichte transkribiert? Der Mail Empfänger (Gemeinderat Stadt Bern) oder der Mail sendende (Kantonspolizei Bern)?

Bern, 27. April 2017

*Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat*

*Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Daniel Lehmann*

### **Antwort des Gemeinderats**

*Zu Frage 1 bis 4:*

Seit die Kantonspolizei nicht mehr an den Stadtgesprächen teilnahm, hat sich der alt Stadtpräsident öfters zu bilateralen Gesprächen mit dem Kommandanten der Regionspolizei getroffen. Erörtert wurden aktuelle Probleme oder Fragen zur Einsatzdoktrin bezüglich des Drogenhandels auf dem Vorplatz oder in der weiteren Umgebung der Reitschule. Die so gewonnenen Informationen waren dann, falls stufengerecht, Diskussionsgegenstand anlässlich der Stadtgespräche. Diese Gespräche fanden in der Regel im Beisein des Generalsekretärs der Präsidialdirektion statt. Protokolle oder Aktennotizen wurden keine verfasst; als Gedankenhilfe dienen die Wochenrapporte. Zu Frage 1.a: Absender war der Kommandant Regionspolizei.

*Zu Frage 5:*

Die Wochenberichte an den alt Stadtpräsidenten (nicht an den Gesamtgemeinderat) wurden per E-Mail versandt. Verfasst wurden sie vom Kommandanten der Regionspolizei selber oder von einer Mitarbeiterin in dessen Auftrag. Auf Publikation von Namen oder E-Mail-Adressen von einzelnen Mitarbeitenden der Kantonspolizei wurde verzichtet. Die Wochenberichte liegen in elektronisch-schriftlicher Form vor, transkribiert wurde nichts, da den Berichten keine mündlichen Aussagen zugrunde liegen. Die Inhalte wurden 1:1 von den E-Mails in das Word-Dokument, das dem Antragsteller zugestellt worden ist, einkopiert. Mit Ausnahme von zwei Namen und einer privaten Telefonnummer, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes gelöscht wurden, sind keine Änderungen vorgenommen worden. Das Dokument wurde durch das Generalsekretariat der Präsidialdirektion nach bestem Wissen und Gewissen aufbereitet. Der Gemeinderat sieht keine Veranlassung, die vollständige Wiedergabe infrage zu stellen.

Bern, 16. August 2017

Der Gemeinderat